

UNI-REPORT

3. Juli 1978

Jahrgang 12 / Nr. 15

Wildes Plakatieren wird jetzt sehr teuer

Der Kommunistische Bund Westdeutschland (KBW) muß mit einem Ordnungsgeld bis zu 500 000 DM oder einer Ordnungshaft bis zu sechs Monaten rechnen, wenn er weiterhin in der Universität Frankfurt am Main Plakate außerhalb der dafür vorgesehenen Tafeln anbringt oder anbringen läßt. Dies ist das Ergebnis einer Klage der Universität beim Landgericht Frankfurt am Main (AZ: 2/4 O 293/77).

Der KBW hatte argumentiert, im konkreten Fall keinen Auftrag dazu erteilt zu haben, die Wände des Juridicums mit seinen Plakaten zu bekleben. Das Landgericht belehrte ihn hingegen, er müsse dafür Sorge tragen, daß seine Mitglieder oder Dritte Plakate im Universitätsbereich nur an den dafür vorgesehenen Flächen anbringen.

Die Universitätsverwaltung ist entschlossen, nicht nur gegenüber dem KBW, sondern gegen alle wilden Plakatierer gerichtliche Schritte zu unternehmen, da wiederholte Aufrufe des Präsidenten nur bedingt Erfolg hatten. Zunächst wurde gegen den KBW geklagt, da er am häufigsten das Verbot des wilden Plakatierens mißachtet. Weiterhin ist die Universität

bereit, Vorschläge zum Aufstellen von Plakatwänden zu prüfen und wenn möglich zu berücksichtigen. Dies wird vor allem dann zutreffen, wenn der Bauzaun um das Sozialzentrum entfernt wird und damit Ersatzflächen erforderlich werden. Wünsche sind an die Liegenschafts- und technische Abteilung zu richten.

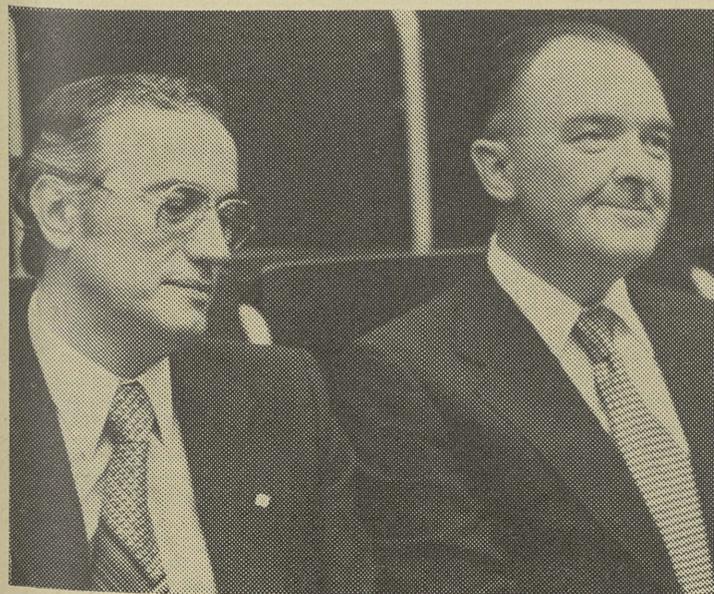
Ehrendoktor Janssen

Am 13. Juni 1978 wurde Dr. Paul Adriaan Janssen aus Beerse in Belgien durch den Fachbereich 15, Biochemie und Pharmazie, in Gegenwart des Kultusministers Krollmann, des Universitätspräsidenten Professor Dr. J. Krupp und zahlreicher anderer Ehrengäste aus dem Bereich der Hochschulen, der Politik und der Pharmazeutischen Industrie des In- und Auslandes mit der Verleihung der Ehrendoktorwürde der Naturwissenschaften der Universität Frankfurt am Main geehrt.

Paul Janssen trat nach einem Studium der Medizin und der Chemie 1953 in den väterlichen pharmazeutischen Betrieb ein und gründete dort eine Forschungsabteilung, die aus einem Team von Medizinern, Chemikern, Physikern und Biologen bestand. Vor wenigen Jahren trat er die Leitung der Firma ab, um sich ausschließlich seinem Lebensziel widmen zu können, der Erforschung und Entwicklung neuer Medikamente. Unter seiner Führung sind aus dem Forschungslaboratorium mittlerweile an die 50 000 neue synthetische Substanzen hervorgegangen, über 100 von ihnen sind heute be-

sonders wichtige und weitverbreitete Medikamente. Durch kritische und ausgedehnte Studien der Beziehungen zwischen Struktur und Wirkung solcher Pharmaka konnte Janssen in vielen Fällen ganz gezielt Medikamente für bestimmte Zwecke entwerfen und gewinnen. Besonders verdienstvoll ist die Entwicklung einer Reihe von gut wirksamen Stoffen gegen parasitäre Erkrankungen, die heute vor allem in der Dritten Welt breite Anwendung finden. In neuester Zeit erregten Substanzen große Aufmerksamkeit, die das menschliche Immunsystem zu erhöhter Aktivität stimulieren können und so die Abwehrkräfte etwa bei chronisch-entzündlichen Erkrankungen stärker mobilisieren. In einem Festvortrag würdigte Professor Dr. O. Westphal vom Max-Planck-Institut für Immunbiologie in Freiburg (Breisgau) auch diese Verdienste. Adriaan Janssen selbst stellte in seinem Dankeswort seine Überzeugungen zur kritischen, wirtschaftlich relevanten und gesellschaftlich bewußten Synthese wirklich neuartiger, überlegener Arzneimittel dar.

Hugo Fasold



Kultusminister Hans Krollmann (links) und Dr. Dr. h.c. Janssen (Foto: Heisig)

Ausbildungsmisere bei den Sonder- und Heilpädagogogen

Die Studenten der Sonder- und Heilpädagogik der Universität Frankfurt am Main sind empört: In einem offenen Brief an den Kultusminister klagten sie über die schlechten Ausbildungsbedingungen in ihrem Studiengang, für die sie den Kultusminister verantwortlich machen. Ihm lag eine Berufungsliste mit drei Kandidaten für eine H-2-Professur im Fach Diagnostik vor. Der Kultusminister erteilte jedoch nicht dem Kandidaten auf Platz 1, sondern dem Zweitplatzierten einen Ruf. Dabei machte er von seinem Recht Gebrauch, von der vorgeschlagenen Reihenfolge abzuweichen. Der Zweitplatzierte lehnte den Ruf jedoch ab. Anstatt nun einen der beiden anderen Kandidaten zu berufen, gab der

Kultusminister die Liste an den Fachbereich zurück. Nun soll die Stelle erneut ausgeschrieben werden. Dies würde bedeuten, daß etwa ein weiteres Jahr verstreicht, bis sie besetzt werden kann. Für die Studenten wird sich dadurch, so heißt es in dem von rund 350 Studenten unterzeichneten offenen Brief, dadurch die „Ausbildungssituation wesentlich verschärfen“. Denn im Fach Diagnostik müssen im kommenden Wintersemester und im Sommersemester 1979 schätzungsweise jeweils 180 Studenten geprüft werden. Nach der gegenwärtigen Lage fällt diese Aufgabe einem wissenschaftlichen Mitarbeiter und zwei Lehrbeauftragten zu. Die Studenten und das Direktorium des Instituts für Sonder- und Heilpädagogik

halten diesen Zustand für unverantwortlich, zumal die Studenten in der diagnostischen Ausbildung lernen sollen, ob ein Kind auf einer allgemeinen Schule bleiben kann oder in eine Sonderschule überwiesen werden muß. Diese, den Lebenslauf eines Kindes weitreichend beeinflussende Entscheidung liegt bei den Sonderschullehrern.

Die Unterzeichner des offenen Briefes hatten erwartet, daß der Kultusminister in irgend einer Form reagiert. Dies tat er bisher nicht. Die Studenten sehen darin eine „Mißachtung studentischer Interessen“ und haben zudem den Verdacht, daß der Erstplatzierte auf der Berufungsliste, ein Vertreter der kritischen Psychologie, aus politischen Gründen keinen Ruf erhielt.

Auf Anfrage begründete der Kultusminister gegenüber einer Tageszeitung die Zurückweisung der Liste mit der „mangelnden Qualifikation“ der Bewerber. Mit dieser Beurteilung steht der Kultusminister nicht allein. Auch der Senat der Universität Frankfurt am Main, der zu den Berufungslisten der Fachbereiche Stellung nimmt, bevor sie an den Kultusminister weitergeleitet werden, hatte Bedenken. Auf seiner Sitzung am 7. Dezember 1977 faßte er zwei Beschlüsse, mit denen er die Liste weiterreichte: 1. Der Senat hat Bedenken zur formellen Qualifikation gemäß § 39 a HUG aller drei Kandidaten (29 Ja-Stimmen, 1 Enthaltung).

2. Darüber hinaus hat der Senat auch angesichts des Abstimmungsergebnisses im Fachbereichsrat und der Gutachten Zweifel an der Reihung (20 Ja-Stimmen, 2 Nein-Stimmen, 8 Enthaltungen).

Das Problem hierbei ist, daß gerade im Fach Diagnostik die

(Fortsetzung auf Seite 2)

Besuch aus China

Eine chinesische Gesundheitsdelegation unter Leitung des Stellvertretenden Gesundheitsministers der VR China besuchte am 6. Juni 1978 die Orthopädische Universitätsklinik Friedrichsheim. Der Ärztliche Direktor der Klinik, Professor Dr. med. W. Heipertz, konnte — zugleich im Namen des Vorstandsvorsitzenden der Stiftung, Professor Harbauer — neben dem Minister zwölf Gäste begrüßen, darunter den Leiter des Vorgesamtes im Gesundheitsministerium in Peking, weitere Amtsträger, sowie Chefarzte chinesischer Krankenhäuser und Leitende Ärzte der Universitäten in Peking und Shanghai.

Der Besuch war durch Vermittlung des Ministeriums für Familie und Gesundheit in Bonn zustande gekommen und sollte den Delegationsmitgliedern einen möglichst umfassenden Eindruck über die Versorgung orthopädisch Kranker und Unfallverletzter, sowie ihre medizinische und berufliche Eingliederung im Rahmen einer großen Fachklinik geben. Dafür stand ein ganzer Tag zur Verfügung, und die Gäste der VR China nutzten ihn zu eingehenden Besichtigungen und Fachgesprächen. Dabei zeigten sie großes In-

teresse nicht nur an modernen Operationsverfahren wie Hüftgelenkersatz, der hier in der ultrasterilen Operationsbox durchgeführt wird, sondern auch an der orthopädiotechnischen Versorgung mit Apparaten und Prothesen, die im Orthopädiemuseum Habermann demonstriert wurden. Ihr Besuch galt auch der dem Friedrichsheim angeschlossenen Sportmedizinischen Hauptberatungsstelle des Landes Hessen, sowie dem Forschungslaboratorium der Klinik, das der Entwicklung moderner Prothesen und Endoprothesen dient. Schüler und Schülerinnen der Krankengymnastikschule der Klinik demonstrierten spezielle Verfahren der Physiotherapie, die auch in ihrer Anwendung am Patienten gezeigt werden konnten. Zur weiteren Information diente ein Film über die Rehabilitation von Doppelbeinamputierten.

In gegenseitigem Interesse ist zu hoffen, daß hier eine Zusammenarbeit angebahnt werden konnte, wie sie bereits zwischen der Johann Wolfgang Goethe-Universität und der Jonsai-Universität in Seoul (Korea), sowie zwischen der deutschen und japanischen Orthopädie besteht.

Wolfgang Heipertz

Die nächste Ausgabe von **UNI-REPORT**

erscheint am 10. Juli 1978. Redaktionsschluß ist heute um 12.00 Uhr.

„Uni-Report“ steht im Rahmen seiner Möglichkeiten allen Universitätsmitgliedern für Veröffentlichungen zur Verfügung.

Orientierungspunkte für die Hochschulausbildung

„Konkrete Entscheidungen in der Studienreform müssen jetzt rasch und sachlich überzeugend getroffen werden“, erklärte Bundesbildungsminister Jürgen Schmude anlässlich des Arbeitsbeginns der Ständigen Kommission für die Studienreform am 22. Juni 1978 in Bonn und legte zugleich 22 „Orientierungspunkte zur Hochschulausbildung“ vor. Die Studienreform sei zwar vorrangig Aufgabe der Hochschulen und der Länder, der Bund werde aber „seine Möglichkeiten zur hochschulpolitischen, zur konzeptionellen und zur finanziellen Förderung der Studienreform voll ausschöpfen“. Deswegen wolle der Bund mit diesen Orientierungspunkten Ausgangslage, Probleme und Ziele der Studienreform aus seiner Sicht darstellen.

Das Bundesministerium für Bildung und Wissenschaft habe die Einladung der Länder angenommen, neben Vertretern der Hochschulen und der Kultusministerien ebenso wie die Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände und der Deutsche Gewerkschaftsbund beratend in der Ständigen Kommission für die Studienreform mitzuwirken. Die auf breite Übereinstimmung angelegten Orientierungspunkte sollten insbesondere die Verständigung in diesem Gremium erleichtern. Durch diese Verständigung und durch eine Reihe pragmatischer Vorschläge solle ein zügiger Einstieg in die Sacharbeit vorbereitet werden.

1. Die Orientierungspunkte beziehen sich auf fächerübergreifenden Anforderungen an die Studienreform zu:

Das Studienangebot soll inhaltlich und zeitlich aufgefächert werden, aber mit Augenmaß: — Neue kürzere Studiengänge sollen entsprechend den Forderungen des Hochschulrahmengesetzes nur nach sorgfältiger Planung eingerichtet werden.

— An den eigenständigen Zielsetzungen des Fachhochschulstudiums soll festgehalten werden im Rahmen der für alle Studienangebote verpflichtenden Verbindung von Wissenschaft und Praxis.

— Für Absolventen der Fachhochschulen, die an einer wissenschaftlichen Hochschule einen zweiten berufsqualifizierenden Abschluß erwerben wollen, sollen an die Stelle der bisher üblichen aufwendigen Zweitstudien spezielle, etwa

ein- bis zweijährige Zusatzstudiengänge treten.

— Um die Anpassungsfähigkeit, die das Studienangebot vermitteln kann zu erhöhen, sollen für die Absolventen der gestrafften Studiengänge gezielte Ergänzungsstudien und -kurse entwickelt werden, z. B. vielseitig verwendbare Bausteine aus den Rechts-, Wirtschafts- und Sprachwissenschaften.

— Den forschungsbezogenen Aufbaustudien für den wissenschaftlichen Nachwuchs soll neben dem berufsqualifizierenden Studium ein angemessener Rang in der Kapazitätsplanung gesichert werden.

— Die innere Aufgliederung der Studiengänge durch Schwerpunktbildung und Wahlbereiche soll gefördert, eine verengende Spezialisierung jedoch durch Kernbereiche und Grundqualifikationen vermieden werden.

2. Ein verstärkter Praxisbezug wird vor allem als didaktisches Konzept zur Vermittlung wissenschaftlicher Qualifikationen gefordert.

— Das berufsqualifizierende Studium soll nicht einseitig auf Berufe in Wissenschaft und Forschung ausgerichtet sein, sondern muß zur wissenschaftlich angeleiteten Auseinandersetzung mit der beruflichen Praxis befähigen.

— Praxisbezug des Studiums ist deshalb nicht nur durch Praktika und Praxissemester herzustellen, sondern vor allem durch Auswahl der Lehrinhalte und durch besondere Lehrveranstaltungsformen, etwa durch Projektstudium und spezielle Seminare zur Berufspraxis.

— Die Studenten werden aufgefordert, sich mehr als bisher um Auslandskennntnisse, Sprachfertigkeiten und Studienthemen mit internationalem Bezug zu bemühen; die Hochschulen sollen sie hierin unterstützen.

— Zur Verbesserung des Praxisbezugs der Lehre soll das wissenschaftliche Personal verstärkt die Möglichkeit erhalten, eigene Erfahrungen in der Berufspraxis außerhalb der Hochschulen zu erwerben und zu vertiefen.

3. „Flexibilität und Mobilität“ werden nicht als Teilziele des Studiums verstanden, sondern als Gesamtergebnis einer Ausbildung, die Wissenschaft und Praxis miteinander verbindet.

4. Zur zentralen Aufgabe der Stoffbegrenzung

— werden die zeitlichen Vorgaben (Regelstudienzeit, Höchstgrenze für das geplante wöchentliche Präsenzlehreangebot) näher erläutert,

— wird eine Entlastung des Erststudiums durch Aufbau-, Ergänzungs- und Weiterbildungsstudium gefordert und — wird die Wichtigkeit der aus dem Pflichtkanon herausgenommenen Spezialfächer für Studienschwerpunkte, Aufbaustudien und Zusatzqualifikationen hervorgehoben.

5. Die hochschuldidaktischen Erkenntnisse und Erfahrungen sollen stärker genutzt werden, insbesondere, um die Studenten frühzeitig an selbständiges Arbeiten heranzuführen und sie zu befähigen, einen höheren Anteil des Studiums in Form des Selbststudiums wahrzunehmen. Das Grundstudium soll im Mittelpunkt der hochschuldidaktischen Bemühungen stehen: „Es erfordert und rechtfertigt daher auch den Einsatz der Fähigsten unter den Hochschullehrern.“

6. Zur besseren persönlichen und fachlichen Orientierung der Studenten sollen

— der persönliche Kontakt zu den Hochschullehrern verstärkt werden, insbesondere durch intensivere Studienberatung, die als Teil des Lehramts begriffen werden sollte,

— Orientierungseinheiten zum Studienbeginn angeboten werden, die in die Ziele und Bedingungen des Studiums einführen,

— der Ablauf des Studiums zeitlich gegliedert und die erforderlichen Studienleistungen für die Studienabschnitte beschrieben werden,

— die Lehrveranstaltungen untereinander abgestimmt und den Studienzielen sowie den Prüfungsanforderungen überzeugend zugeordnet werden.

7. Studienreform soll auch Prüfungsreform sein, weil die tatsächlichen oder vermuteten Prüfungsanforderungen und die Prüfungsverfahren das Studienverhalten maßgebend bestimmen. Erforderlich sind vor allem

— neben der Prüfung der notwendigen Fachkenntnisse der Nachweis von Fähigkeiten zu selbständigem Urteil und zur Problemlösung mit Hilfe wissenschaftlicher Methoden.

— Verkürzung der Prüfungszeiten,

— Beschleunigung des Genehmigungsverfahrens für reformierte Prüfungsordnungen,

— genaue Beschreibung der

vermittelten Qualifikationen und der erbrachten Leistungen im Abschluszeugnis.

8. Die Hochschulen sollen sich bereits jetzt, trotz des Vorrangs der Erstausbildung zugunsten der geburtenstarken Jahrgänge, konzeptionell und durch Erprobung auf ihre Aufgabe in der Weiterbildung vorbereiten, die den Hochschulen in der Zeit der nachfolgenden geburtenstarken Jahrgänge im Hinblick auf die aufgebauten Kapazitäten verstärkt zuwächst.

Die Orientierungspunkte enthalten in ihrem letzten Teil Forderungen zum Vorgehen in der Studienreform, insbesondere zum Vorrang der Studienreform vor Ort, zur Beteiligung der Betroffenen, zur Mitwirkung der Organisationen der Arbeitswelt, zur Arbeit der Studienreformkommissionen und zum Verhältnis von Hochschulen und Staat in der Studienreform.

Abschließend faßt Minister Schmude in den Orientierungspunkten seine Zeitvorstellungen und Prioritäten in 8 Punkten zusammen:

1. Entsprechend dem Auftrag des Hochschulrahmengesetzes sofortige Überarbeitung der Studien- und Prüfungsordnungen, vor allem mit dem Ziel

Ausbildungsmisere . . .

(Fortsetzung von Seite 1)

Nachwuchssituation sehr schlecht ist. Es gibt kaum „professorale“ Kandidaten. Dieser Tatbestand ist unumstritten. Der Kultusminister hat deshalb dem Fachbereich vorgeschlagen, dieses Fach mit einer höherwertigen Professur auszustatten. Damit könnte ein qualifizierter Bewerberkreis angesprochen werden. Eine andere, vom Universitätspräsidenten in die Diskussion gebrachte Möglichkeit wäre, die Professur durch eine Mitarbeiterstelle zu ersetzen, womit sie für Nachwuchswissenschaftler interessant würde. Darin sieht jedoch das Direktorium der Sonder- und Heilpädagogik angesichts der Bedeutung der diagnostischen Ausbildung keine Lösung des Problems.

Neben der schwierigen Nachwuchssituation ist auch die frühere Numerus-clausus-Politik des Fachbereichs eine Ursache für die gegenwärtige Misere. Der Fachbereich hatte sich lange Zeit gegen die Festsetzung von Zulassungshöchstzahlen für seine Studiengänge gewehrt. Erst als die Zahl der Studienanfänger sprunghaft anstieg (im Wintersemester 1974/75 waren es 350 in der

einer ersten Begrenzung des Studienangebots.

2. Ausbau der gemeinsamen Studienreformkommissionen, damit ab 1980/81 die örtliche Studienreform sich in allen quantitativ bedeutsamen Bereichen auf überregionale Empfehlungen stützen kann.

3. In der Regel Vorrang für die Straffung und Neuordnung bestehender Studiengänge vor der zeitaufwendigeren Planung und Einführung neuer Studiengänge.

4. Ausbau von Orientierungseinheiten und Studienberatung.

5. Noch in diesem Jahr Erarbeitung eines umsetzungsorientierten Rahmenkonzepts der Bund-Länder-Kommission für Bildungsplanung und Forschungsförderung zur Nutzung des Fernstudiums im Rahmen des Präsenzstudiums.

6. Konzeptionelle Vorarbeiten zur Einrichtung von Ergänzungsstudien gleichfalls noch in diesem Jahr.

7. Unterstützung der Fachbereiche bei der Einführung des Aufbaustudiums auch durch die Kapazitätsplanung der Länder.

8. Zügige Entwicklung der Qualifikationsforschung zur Unterstützung der Studienreformkommissionen und der örtlichen Studienreformarbeit.

Sonder- und Heilpädagogik), beantragte er für diese Studiengänge Zulassungsstopp. Im Wintersemester 1975/76 und im Sommersemester 1976 wurden daraufhin keine Studienanfänger zugelassen. Seither sind es jährlich 120. In den kommenden beiden Semestern wird nun der Engpaß bei den Prüfungen durch die hohen Zulassungszahlen vor dem Wintersemester 1975/76 besonders spürbar. Danach wird sich die Situation wieder entschärfen.

UNI-REPORT

Zeitung der Johann Wolfgang Goethe-Universität Frankfurt am Main.

Herausgeber: Der Präsident der Universität Frankfurt am Main.

Redaktion: Andrea Füllgraff und Reinhard Heisig. Pressestelle der Universität, Senckenberganlage 31, 6000 Frankfurt am Main. Telefon: (06 11) 7 98 - 25 31 oder 24 72. Telex: 04 13 932 unif d.

Druck: Union-Druckerei, 6000 Frankfurt am Main.

Namentlich gezeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung des Herausgebers wieder.

Uni-Report erscheint jede Woche am Montag mit Ausnahme der Semesterferien. Die Auflage von 15 000 Exemplaren wird an die Mitglieder der Universität Frankfurt am Main verteilt.

Am Institut für Geochemie, Petrologie und Lagerstättenkunde (Fachbereich Geowissenschaften) ist die Stelle einer

CHEMOTECNIKERIN

bzw.

CHEMISCH-TECHNISCHEN ASSISTENTIN

(halbtags, Vergütung nach BAT) wieder zu besetzen. Die Eingruppierung erfolgt nach den Tätigkeitsmerkmalen des BAT. Bewerbungen sind zu richten an: Institut für Geochemie, Petrologie und Lagerstättenkunde, Senckenberganlage 28, Telefon 7 98 - 21 02.

Bei der Senckenbergischen Bibliothek — Universitätsbibliothek für Naturwissenschaften und Archivbibliothek für Alte Medizin — ist folgende Stelle zu besetzen:

1 DIPLOM-BIBLIOTHEKAR(IN)

(Besoldungsgruppe A 9) für Benutzungsabteilung (Fernleihe). Voraussetzung: Examen für den gehobenen Dienst an wissenschaftlichen Bibliotheken. Bewerbungen mit den üblichen Unterlagen werden erbeten an: Senckenbergische Bibliothek, Bockenheimer Landstraße 134-138, 6000 Frankfurt am Main.

Am Institut für Sport und Sportwissenschaften der Johann Wolfgang Goethe-Universität ist ab sofort die Stelle einer

BIBLIOTHEKS-ANGESTELLTEN (BAT VII)

zu besetzen. Zu den Aufgaben gehören: Organisation der Ausleihe, Buch- und Zeitschriften-Bestellungen und Dokumentationsarbeiten. Eingruppierung erfolgt nach den Tätigkeitsmerkmalen des BAT. Die Bewerber mit entsprechenden Kenntnissen in der Bibliotheksarbeit werden gebeten, sich unter Einreichung der üblichen Unterlagen an das Institut für Sport und Sportwissenschaften der Johann Wolfgang Goethe-Universität, Frankfurt am Main, Ginnheimer Landstraße 39, zu wenden.

Im Fachbereich Wirtschaftswissenschaften der Johann Wolfgang Goethe-Universität ist bei der Professur für Statistik die Stelle eines

WISSENSCHAFTLICHEN MITARBEITERS

(BAT II a)

für zunächst drei Jahre ab 1. November 1978 zu besetzen. Das Aufgabengebiet umfaßt die Mitarbeit an einem ökonomischen Forschungsprojekt im Rahmen eines SFB, an der Vorbereitung von Lehrveranstaltungen und die Übernahme von Verwaltungsaufgaben.

Einstellungsvoraussetzungen: Diplom-Examen in Volkswirtschaft oder Betriebswirtschaft mit Schwerpunkt Statistik, Ökonometrie und Wirtschaftstheorie sowie EDV-Kenntnissen. Im Rahmen der bestehenden Möglichkeiten ist dem Stelleninhaber Gelegenheit gegeben, selbstbestimmte Forschung, insbesondere die Arbeit an einer Dissertation, durchzuführen. Schriftliche Bewerbungen mit den erforderlichen Unterlagen bis spätestens 1. August 1978 an Professor Dr. G. Hansen, Institut für Statistik und Mathematik, Hauptgebäude, 1. Stock, Zimmer 135 B.

Im Fachbereich Chemie, Institut für Organische Chemie, der Universität Frankfurt am Main ist zum 1. Juli 1978 die Stelle eines

LABORANTEN

zu besetzen. Vom Stelleninhaber wird erwartet, daß er bei der Vorbereitung der Praktika mitarbeitet, die Laborgeräte wartet und auf Anweisung organisch präparativ tätig ist. Die Vergütung richtet sich nach den Tätigkeitsmerkmalen des BAT. Bewerbungen sind an den Dekan des Fachbereichs Chemie, Robert-Mayer-Straße 7-9, 6000 Frankfurt am Main 90, zu richten.

Im Fachbereich 11, Ost- und Außereuropäische Sprach- und Kulturwissenschaften, ist in der BE Institut für Orientalische und Ostasiatische Philologien, Sektion Turkologie, vom

1. Oktober bis 31. Dezember 1978 eine Stelle als

WISSENSCHAFTLICHE HILFSKRAFT

OHNE ABSCHLUSS

mit 50 Monatsstunden zu vergeben. Tätigkeit: Unterstützung bei einem Forschungsvorhaben. Mindestvoraussetzung: Türkisch-Kenntnisse sowie weitere passive Fremdsprachenkenntnisse. Bewerbungen sind bis zum 1. September 1978 an Herrn Professor Dr. H. W. Brands, Turkologie, Senckenberganlage 31, 6000 Frankfurt am Main 1, zu richten.

Im Fachbereich 6, Religionswissenschaften, BE Ev. Theologie, ist ab 1. Oktober 1978 die Stelle einer

WISSENSCHAFTLICHEN HILFSKRAFT

OHNE ABSCHLUSS

für Arbeiten in der Fachbereichsbibliothek zu besetzen. (Voraussetzung 4 Semester Studium). Bewerber werden gebeten, sich an den geschäftsführenden Direktor der BE, Herrn Professor Dr. H. P. Schmidt, zu wenden. Sprechstunden: Dienstag 17 bis 18 Uhr und Mittwoch 9 bis 10 Uhr, Zimmer 3628, im Turm.

Im Geographischen Institut, Betriebseinheit Physische Geographie, Fachbereich 17 — Geowissenschaften — ist die Stelle eines

STUDENTISCHEN TUTORS

mit zwei Wochenstunden für die Zeit vom 1. Oktober 1978 bis 28. Februar 1979 zu besetzen. Aufgabengebiet: Betreuung von Gruppen der Anfängerübungen in physischer Geographie. Bewerbungen sind zu richten an den geschäftsführenden Direktor der Betriebseinheit Physische Geographie, Geographisches Institut, Senckenberganlage 36. Verantwortlicher Hochschullehrer: Professor Dr. G. Nagel.

Offener Brief an die Marxistische Gruppe

Eine handgreifliche Auseinandersetzung auf einer Vollversammlung ist Anlaß für den Dekan des Fachbereiches Gesellschaftswissenschaften der Universität Frankfurt am Main, Prof. Dr. Egbert Jahn, sich mit der Marxistischen Gruppe auseinanderzusetzen. Die Marxistische Gruppe ist in der Universität weithin bekannt durch die häufig erscheinenden roten Flugblätter „MSZ“.

Liebe Kommilitoninnen und Kommilitonen,

am 26. April war ich für etwa eineinhalb Stunden in der Uni-Vollversammlung. Ich saß in einer der letzten Reihen, während die Marxistische Gruppe (MG) offensichtlich in den ersten Reihen Platz genommen hatte. Ich beteiligte mich weder durch Redebeiträge noch durch Beifalls- oder Mißfallenskundgebungen an der Veranstaltung. Dennoch meint Ihr in Eurem Flugblatt vom folgenden Tag feststellen zu können: „Daß nicht nur der ebenfalls anwesende Professor Egbert Jahn, der über solchen Umgang mit den ‚linken Dogmatikern‘ ein beifälliges Grinsen nicht verbergen konnte und wollte, begeistert war, sondern auch die Mehrzahl der anwesenden ‚unorganisierten‘ Kommilitonen zeigte zu guter Letzt, daß diese die Lektionen der kritischen Wissenschaft (wie sie auch Büro-Professor Jahn vertritt) richtig verstanden haben.“

Da Eure Aussagen nichts mit der Empirie zu tun haben und es auch schwer sein dürfte, physiognomische Beobachtungen anzustellen, während man auf Kommilitonen einprügelt, kann es sich nur um ein Beispiel Eurer Theorie handeln, nach der etwa in folgender Art deduziert wird: Ein Hochschullehrer ist ein Beamter, also ein Staatsagent. Damit ist er per definitionem ein Feind des Proletariats. Gegen den Staat kämpft nur eine Gruppe konsequent: die Marxistische Gruppe. Alle anderen („Sponti, AStA, Revisionisten vom MSB bis hin zum KSB, Jusos und Angehörige der studentischen Basis“) gehören offenbar zur staatstragenden „reaktionären Masse“ (Lassalle, nicht Marx), die mit allerlei Sozial-Faschismen (Stalin, nicht Lenin) um sich werfen. Ein Professor muß sich demzufolge logischerweise freuen, wenn die wahren „Kommunisten“ bzw. „linken Dogmatiker“ der einzig marxistischen Marxistischen Gruppe verprügelt und niedergeschrien werden. Schließlich wird er dafür bezahlt, beifällig zu grinsen, wenn die staatstragende Sponti-, MSB- oder KSB-Gewalt die Staatsgewalt im Kampf gegen die widerständige MG-Gewalt vertritt oder wenn die Spontis die „Kommunisten“ gar als „Kanonenfutter“ benutzen. Ein Professor, der sich nicht über die Verprügelung von Studenten freut, ist kein rechter Beamter im Sinne der freiheitlich-demokratischen Grundordnung bzw. der Theorie der Marxistischen Gruppe vom bürgerlichen Staat. Sonst wäre er ja kein Professor (warum plädiert Ihr eigentlich nicht offen für das Berufsverbot, das Linke vor der Einvernahme durch den Staat zuverlässig schützt?). Da Jahn aber staatlich ernannt und besoldeter Professor ist, muß er über die kleine studentische Saalschlacht „begeistert“ sein, muß „beifällig grinsen“. Der Eure Argumentation immer wieder kennzeichnende logi-

sche Zirkel ist wieder einmal geschlossen. Empirie hin, Empirie her, was einer wirklich denkt und tut, ist egal, seine objektive Funktion wird aus der allein richtigen marxistischen Theorie (neben 1001 revisionistischen Theorien) deduziert. Meinte da nicht mal ein gewisser Karl Marx oder Friedrich Engels sinngemäß, daß für manche Studenten der Marxismus ein Vorwand ist, die Geschichte und die Gesellschaft nicht zu studieren? Da braucht man in der Tat keine „kritische Wissenschaft“ mehr Pluralismus — (so die MG-Lehre für die Studienanfänger in den Gesellschaftswissenschaften) in der Wissenschaft, in der Kritik ist bürgerliches Verwirrspiel. Die Wahrheit steht fest wie ein Monolith für alle Zeiten und Räume. Ist das nicht die Essenz Eurer politischen Ökonomie, Eurer Ersparnis des Denkens?

Eure Wissenschaft muß den professoral verwirrten Studenten nur noch per Mikrofon eingebrüllt werden, auch wenn sie gar nicht zuhören wollen und mit spontanem Gegengebrüll reagieren. Und wenn der AStA auf Grund der Mehrheitsmeinung Euch das Mikrofon wegnimmt, dann ist die eigene Brülltüte zur Verbreitung des Marxismus mit Batterie-Verstärkung schon zur Hand. Wer könnte bezweifeln, daß der wahre „Marxismus“ lauter brüllen kann als alle Leute aus solch „undogmatischer Couleur“, denen die „Faschismen aller Art mit lächelnder Miene über die Lippen fließen“. Schließlich ist die Marxistische Gruppe ja immerhin schon so mächtig, wie Euer Sprecher verkündete, daß gegen ihren Willen keine Vollversammlung mehr stattfinden kann. (Drängt sich da nicht die alte Frage auf, wieviel Divisionen hat der Ober-Sponti vom AStA?) Solche arroganten Gewalt-Sprüche leistet sich noch nicht einmal die Staatsgewalt an unserer Universität.

Wundert Ihr Euch da noch, wenn manche Studenten in Euch schon die zukünftigen Stasi- oder NKWD-Offiziere sehen? Daß sie Angst vor Eurer Haßrede, Eurer Drohung mit der marxistischen Staatsgewalt haben? Daß Eure Fiktion des totalen bürgerlichen Staates nur die Projektion Eurer eigenen totalitären Potenzwünsche ist? Merkt Ihr denn nicht, daß Ihr Euch bei Eurer Staatsanalyse in eine Sackgasse denkt, aus der es nur den Ausweg des kontemplativen Zynismus auf dem Flugblatt-Olymp oder der politisch irrationalen zynischen Gewalt im Untergrund gibt?

Der bürgerliche Staat erscheint in allen Euren Flugblättern und Artikeln als ein allmächtiger, widerspruchsfreier Block, der entweder permanent brutal zurückschlägt oder sich — noch schlimmer — raffinierter, gewaltverschleiender „sozialdemokratischer“ oder gar — der Gipfel der Perfidie — pseudomarxistischer Tricks bedient. Euer Denken ist so hermetisch gegen alle Empirie abgeschlossen, daß alles, was geschieht, Euch in Euren Staatsgewalt-Phantasien bestätigen muß. Ihr immunisiert Euch gegen die geschichtliche und gesellschaftliche Wirklichkeit. Von Produktionsverhältnissen, gesellschaftlichen Verhältnissen, also vom Verhalten lebendiger Menschen, von Beziehungen zwischen Menschen, die produzieren und lernen, administrieren, dozieren, kom-

mandieren und konsumieren, die geknechtet werden durch die herrschenden Gewaltverhältnisse im kapitalistischen Westen wie im marxistisch-leninistischen Osten, wo die Staatsgewalt die Gesellschaft weitgehend überwältigt hat, ist in Euren zynischen Kommentierungen zu allem, was politischen Widerstand gegen die vorherrschende Gegenreform leistet, nicht die Rede.

Die Zeitgeschichte scheint Euch recht zu geben. In Phasen der Gegenreform oder Konterrevolution haben die Prediger der Resignation, des Zynismus, der Verzweiflungstaten immer Konjunktur. Die Permanenz der Niederlagen aller Reformbemühungen in solchen Phasen gibt Euch scheinbar recht. Aber Niederlagen im politischen Kampf sind historisch immer wieder die Vorbedingung des politischen Sieges. Deshalb ist noch die bescheidenste reformistische Illusion einer Kita-Pädagogin revolutionärer als Euer maskuliner „marxistischer“ Zynismus.

Euer Gewaltbegriff eliminiert die gesellschaftlichen Widersprüche, die gesellschaftlicher, also auch politischer, staatlicher Gewalt immanent sind. Der Staat ist keine bloße Maschine, so rädchenhaft sich Bürokraten auch verhalten. Er besteht auch nur aus — wie auch immer deformierten — Menschen, damit potentiell Rebellen, Rudolf Bahro hat dazu auch westlichen Linken etwas zu sagen. Bei Eurem Gewalt- und Staatsbegriff könnt Ihr nur die Ohnmacht des politischen Widerstandes predigen und Euch auf den Olymp des zynischen Kommentierens zurückziehen. Indem Ihr aber die Ohnmacht des politischen Widerstandes verkündet und Euch auch konsequent weigert, irgendwelche praktischen politischen Konsequenzen aus Euren Analysen zu ziehen oder gar nur zu erörtern, leistet Ihr der Fetischisierung der Staatsgewalt, damit aber auch — vermutlich wider Euren Willen — entweder der Resignation oder der privaten Gegengewalt Vorschub. Beides, die Resignation wie die private Gegengewalt, fördern jedoch die Gegenreform und die Reaktion. Eure Fetischisierung der Staatsgewalt und implizit der Gegengewalt ist die intellektuelle Militarismus.

Was aber war tatsächlich auf der Vollversammlung vorgegangen? Da gab es nichts zum Lachen oder zum Grinsen, obwohl ich im Prinzip gern lache, falls das in Eurem Marxismus noch erlaubt ist. (Bei der Lektüre Eurer Schriften hat man manchmal den Eindruck, daß für Euch Humor schon eine staats-alias zunächst erst einmal revolutionsfeindliche menschliche Regelung ist.) Entsetzen war meine Reaktion auf Eure Keilerei, nicht Begeisterung. Gewalt regierte die Vollversammlung von Anfang an. Gewalt begann nicht erst mit dem Faustschlag Eures heroischen Mikro-Usurpatoren in das Gesicht des AStA-Mitgliedes Norbert Weidl, auch wenn die Eskalation zur physischen Gewalt eine äußerst gefährliche Überschreitung einer bisherigen Tabuschwelle darstellt. Ich stimme Euch zu, daß die Redezeitbeschränkungen auf zwei bis drei Minuten von Anfang an eine Vergewaltigung Eurer Meinungsfreiheit war. Der AStA hätte Euch wie allen anderen Gruppen vielleicht 15 Minuten Zeit geben sollen, Eure Vorstellungen über mögliche

Widerstandsaktionen gegen die Hochschulgesetze zu entwickeln. Eure Faustgewalt wurde sicherlich auch durch den permanenten Sponti-Spott mitprovoziert. Insofern haben auch die Spontis Anlaß zur Selbstkritik. Ferner hätte ich es für weitaus politisch richtiger gehalten, wenn die Spontis nicht mit Faustschlägen, Haazerren, Tritten in den Leib auf Eure Aggression mit Faustschlägen reagiert hätten. Ich meine, es wäre genug der Gewalt gewesen, wenn Ihr allein geschlagen hättet. Und ich wäre froh gewesen, wenn die Spontis genügend Mut und Widerstandskraft besessen hätten, ihrem spontanen Bedürfnis nach Gegengewalt auf Eure Aggression nicht nachzugeben und wenn sie nicht zurückgeschlagen hätten. Ermutigend war allein, daß der AStA-Vorsitzende so viel politische Vernunft und Übersicht bewies, massiv für den Abbruch des Wahnsinns der kleinen Saalschlacht zu agitieren und daß die große Mehrheit im Saal hinter dem AStA stand. Gewalt war aber auch, wie Ihr am Schluß zusammengepfiffen und -getrommelt wurdet.

Euer Faustschlag in das Gesicht Norbert Weidls war ein Bruch des bisherigen Tabus, daß politische Differenzen zwischen Studenten nicht mit physischer Gewalt ausgetragen werden, und daß die gewählten studentischen Vertreter ein Recht und eine Pflicht zur minimalen Strukturierung einer studentischen Versammlung haben. Dieser Faustschlag kann den Beginn einer „Italienisierung“ der Frankfurter Uni markieren, den Beginn von gewalttätigen Saal- und Campusschlachten, in denen man über kurz oder lang entdecken wird, daß der Mensch auch andere Waffen als eine Faust besitzt. Euer Faustschlag muß jedoch nicht die befürchtete Bedeutung für den weiteren Niedergang der Studentenbewegung haben, wenn die Studenten es nicht unterlassen, immer und immer wieder ihr spontanes Verhältnis zur eigenen Gewalt und Aggressivität politisch in Frage zu stellen. Ich habe noch die Hoffnung, daß der Kampf gegen die Gewalt an unserer Universität noch nicht verloren ist. Zwischen dem Werfen von Eiern und Eierhandgranaten, zwischen dem Fließen von Tomatensaft und Menschenblut gibt es noch einige relevante Eskalationsschritte, aber die Linke sollte nicht nur den Anfängen des Faschismus, sondern auch den Anfängen des Stalinismus wehren. Wie viele Jahre, meint Ihr, wird es noch dauern, bis Studenten mit Ballermännern auf dem Campus herumlaufen? Ich halte nicht nur die Spontigewalt gegen Euch für entsetzlich und politisch verheerend, so wie ich keine revolutionäre Qualität in Eurem Faustschlag in das Gesicht des AStA-Mitgliedes erkennen kann; ich halte auch die „fröhliche“ Eier- und Tomatengewalt gegen Hans Krollmann für politischen Wahnsinn, an dem die Linke nur krepieren kann.

Politisches Verhalten konstituiert sich durch politische Absicht und durch politische Wirkung. Weder der stalinistische Objektivismus, der nur die (vermuteten) Wirkungen in Betracht zieht und die Lernunfähigkeit für Subjekte behauptet, noch der voluntaristische Subjektivismus, der allein die Bedeutung des Handelns für

den Handelnden in Rechnung stellt, kann sozialistische Absichten zur gesellschaftlichen Wirklichkeit konkretisieren.

Mit dem bisher nicht revidierten Eier- und Tomatenwurf gegen Hans Krollmann hat die Frankfurter Studentenschaft — wider ihre Absichten — ihre politische Unterschrift unter die Hochschulangepassungsgesetze gegeben, indem sie die Bürgerängste vor den linken Studenten bestätigte. Die Studentenschaft kann die sozial-liberalen Hochschulgesetze noch zu Fall bringen, indem sie ihren bisherigen politisch blinden Kurs fortsetzt und den CDU-Gesetzesentwürfen die erforderliche Mehrheit im Landtag verschaffen hilft. Die Bildungs- und insbesondere die Hochschulpolitik werden im Zentrum des kommenden Wahlkampfes stehen. Zur Wahl stehen unter anderem auch die sozial-liberalen gegenreformistischen Gesetze und die qualitativ noch repressiveren CDU-Gesetzesentwürfe. Beide Gesetzesvorlagen werden die Lage der Studenten und Professoren, die Bedingungen des Forschens und des Studiums verschlechtern. Sie gehen an den wirklichen Problemen der Universität und des Bildungswesens vorbei. Juristisch-gesetzgeberische Maßnahmen sollen die erforderlichen politisch-ökonomischen Maßnahmen im Bildungswesen ersetzen. Der studentische und professorische Kampf gegen das große Übel der sozial-liberalen Gegenreform muß politisch so geführt werden, daß nicht das noch größere Übel der christdemokratischen Bildungspolitik als lachender Dritter aus dem Kampf zwischen linker und sozialdemokratischer Bildungspolitik hervorgeht.

Jede Form der studentischen Gewalt, ob gegen Minister oder andere „Staatsagenten“ oder in Gestalt studentischer Selbstzerfleischung ist ein willkommen Beitrag für all jene, die sich angewöhnt haben, die Uni-Probleme nur noch als Probleme mangelnder Disziplinargewalt zu betrachten. Im vorigen Semester sind CDU-Politiker durch die Universitäten gepilgert, um sich mit Eiern und Tomaten und Verbalfäkalien TV-gerecht bewerfen zu lassen. Sie brauchen Eure Gewalt, um ihre Gewalt besser durchsetzen zu können. O Gott, ist dieser Mechanismus so schwer zu durchschauen? So mancher rechte Politiker erhofft sich vielleicht, die noch fehlenden TV-Wahlkampfspots im Sommersemester in der Frankfurter Uni einzutreiben. Die TV-Kameras stehen vor unseren Hörsälen bereit. Es fehlt nur noch die Fortsetzung der politischen Blindheit der Studentenschaft durch gewalttätige „Marxisten“ jeglicher Art, Spontis und andere, um die Polit-Komödie zu Ende zu spielen.

1968 hieß mal eine Parole: Die Phantasie an die Macht! Fällt den Studenten wirklich nichts anderes mehr ein, als unseren Uni-Präsidenten durch die Formen ihrer Aktionen zum Polizeipräsidenten an der Uni zu machen? Wie man Widerstand leistet, ohne permanent den Aufbau der Staatsgewalt und den Abbau der Demokratie zu provozieren und voranzutreiben, das müßte meines Erachtens das zentrale Thema studentischer Vollversammlungen und Politik sein...

Egbert Jahn

Prof. Dr. Rudolf Hoernigk †

Professor Dr. Rudolf Hoernigk, Honorarprofessor am Fachbereich Wirtschaftswissenschaften, ist am 18. Mai 1978 im dreiundsiebzigsten Lebensjahr gestorben. Noch einen Tag zuvor hatte er die Vorlesung „Begriffe der Sozialversicherung“ und die Übung zur Sozialversicherung abgehalten. Für ihn hat es keine Pensionsgrenze für seine Bemühungen gegeben, die Studenten des Fachbereiches Wirtschaftswissenschaften mit der Gestaltung der sozialen Sicherung in unserem Lande bekanntzumachen und ihren kritischen Sinn zu schärfen. Rudolf Hoernigk, der bis 1970 Mitglied der Geschäftsführung der Landesversicherungsanstalt Hessen war, zählte zu den bedeutendsten Kennern der Sozialversicherung, nicht allein auf Grund seiner beruflichen Stellung, sondern auch als Wissenschaftler. In Büchern und Aufsätzen hat er sich mit den Grundprinzipien der sozialen Sicherheit auseinandergesetzt, auch die Gesetzgebung kritisch unter die Lupe genommen. So konnte er den Studenten Praxis und Theorie konkreter und erstrebenswerter staatlicher Gestaltung des menschlichen Zusammenlebens vermitteln, auch die Gefahren übertriebener Sozialpolitik darstellen. Seit 1955 war er als Lehrbeauftragter an der Universität Frankfurt am Main tätig; 1962 ist er zum Honorarprofessor ernannt worden. Manchmal in den letzten Jahren mag er sich gesagt haben,

Personalien

Rechtswissenschaft

Professor Dr. Manfred Wolf, Bürgerliches und Zivilprozessrecht, hat einen Ruf auf den ordentlichen Lehrstuhl B für Zivil- und Zivilprozessrecht in der rechtswissenschaftlichen Fakultät der TU Hannover erhalten.

Wirtschaftswissenschaften

Dr. Peter Widlocher hat am 13. März 1978 im Institut de Technologie Financière in Alger einen Gastvortrag gehalten über: „Structures et réformes de l'entreprise en France et en R. F. A.“.

Auf Einladung der Faculté des Sciences Economiques der Universität Alger fand am 15. März 1978 ein Seminar statt über: „Organisation bancaire et politiques monétaire en R. F. A.“. Es folgten am 21. und 24. März 1978 zwei weitere Gastvorlesungen im Institut Supérieur de Gestion der Universität Tunis über: „Etude comparée des systèmes économiques et sociaux français et allemand“ l'aide au Tiers Monde“.

Am 23. März 1978 schließlich ein Vortrag vor dem Presseinstitut der Universität Tunis über: „Presse et Mass-Média en R. F. A.“ und am 24. März 1978, auf Einladung von Radio Tunis eine Rundfunksendung über: „Le commerce extérieur germano-tunisien et l'assistance économique allemande à la Tunisie“. Letztere Veranstaltung fand auf Wunsch und nach Abstimmung mit der Deutschen Botschaft statt.

Geographie

Am Seminar für Wirtschaftsgeographie hielt Herr Professor Dr. Tadeusz Olszewski von der Universität Lodz (Polen) am 14. Juni 1978 im Rahmen der Vorlesung „Mitteleuropa“ eine Gastvorlesung über das Thema „Neue Tendenzen in der Entwicklung der Landwirtschaft Polens“.

ob es nicht genug sei, ob er sich nicht von der Lehrtätigkeit zurückziehen sollte. Er blieb aber doch bei seinen Studenten, um deren Sorgen er sich als langjähriges Mitglied des Vorstandes des Studentenwerkes gekümmert hatte. Zahlreiche Diplomarbeiten sind von ihm betreut worden, eine stattliche Anzahl von Kandidaten haben sich bei ihm der schriftlichen und mündlichen Prüfung unterzogen. Er kam eigentlich nicht von außerhalb, er lebte in der Universität, auch als ihm die Mitgliedschaft durch das Universitätsgesetz entzogen worden war. Die Studenten schätzten den engen persönlichen Kontakt, den er mit ihnen pflegte und in Zusammenkünften am Schluß des Semesters — oft in seinem Hause — vertiefte. Dies war kein Gegensatz zu den strengen Anforderungen, die er an die Studenten stellte.

Rudolf Hoernigks Arbeit für die Universität war exemplarisch für eine Gesinnung, die nicht im materiellen Entgelt ihren Lohn findet.

Wilhelm Seuß

Funk-Disput

Um Fragen der Forschungsförderung an den wissenschaftlichen Hochschulen geht es im „Hochschulpolitischen Disput“ des Hessischen Rundfunks am Montag, dem 3. Juli 1978, um 21.30 Uhr im 2. Hörfunkprogramm. Dabei sollen Probleme der notwendigen Bevorzugung beziehungsweise Zurückstellung bestimmter Forschungsprojekte ebenso erörtert werden wie Möglichkeiten der Kostenkontrolle und der Verhinderung gesellschaftlich unerwünschter Folgen von Forschung.

Teilnehmer an diesem Streitgespräch sind: Professor Dr. Reimut Jochimsen, Staatssekretär im Bundesministerium für Bildung und Wissenschaft, Professor Dr. Hans-Jürgen Krupp, Präsident der Frankfurter Johann Wolfgang Goethe-Universität und Vorsitzender der Konferenz Hessischer Universitätspräsidenten; Professor Dr. Karl-Heinz Laermann, forschungspolitischer Sprecher der Bundestagsfraktion der Freien Demokraten; Dr. Stefan Richter, Forschungsreferent der Technischen Hochschule Darmstadt; Dr. Heinz Riesenhuber, CDU-Bundestagsabgeordneter und Sprecher seiner Partei für Energie und Umwelt sowie Dr. Vera Rüdinger (SPD), Staatssekretärin im Hessischen Kultusministerium.

Nachlaß Höllriegel in der Deutschen Bibliothek

Nach jahrelangem Bemühen ist es der Deutschen Bibliothek gelungen, den archivalischen Nachlaß von Richard A. Bermann (Pseudonym Arnold Höllriegel) zu erwerben.

Bermann-Höllriegel, der zu den Unrecht vergessenen Autoren gehört, hatte sich in den zwanziger Jahren vor allem als Reiseschriftsteller einen Namen gemacht („Das Urwaldschiff“ — „Die Derwischtrömmel“). Vor seiner Emigration nach den USA lebte er in Wien und gehörte dort zu den angesehensten Journalisten.

Neben Manuskripten und Typoskripten eigener Arbeiten enthält der Nachlaß Briefe von

Montag, 3. Juli

Horst Neugebauer, Frankfurt:

Antrittsvorlesung: Numerische Modelle zur Dynamik von Lithospärenplatten

14.15 Uhr, Geowissenschaftlicher Hörsaal, Senckenberganlage 34

Veranstalter: Fachbereich Geowissenschaften

Dienstag, 4. Juli

The Relevance of Modern Theories of Value

Podiumsdiskussion mit Prof. Krishna Bharadwaj

(New Delhi), Dr. John Eatwell

(Cambridge), Prof. Anwar Shaikh

(New York) und Prof. Ian Steedman

(Manchester) 10.15 Uhr, Alter Senatssaal

(Raum 127 B) im Hauptgebäude

Veranstalter: Institut für Markt und Plan

Karl Hermann Andres, Bochum:

Vergleichende elektronenmikroskopische Untersuchungen zur Funktionsanalyse von verschiedenen Mechanorezeptoren der Wirbeltiere

17.15 Uhr, Kleiner Hörsaal der Zoologie, Siesmayerstr. 70

Veranstaltung im Rahmen des „Zoologischen Seminars“

G. S n a t z k e, Bochum:

Allgemeine Sektorregel für den Circulardichroismus

17.30 Uhr, Seminarraum 201, Chemie-Mehrzweckgebäude

Niederrad, Sandhofstraße

Veranstaltung im Rahmen des „Chemischen Kolloquiums

Niederrad“

Mittwoch, 5. Juli

Josef Matznetter, Frankfurt:

Veranstaltungen

Der Aufbau von Funktionalzentren als Entwicklungsproblem in Afrika

13.15 Uhr, Hörsaal H 7

Veranstaltung im Rahmen der Ringvorlesung „Neue

Forschungen und aktuelle Probleme der Afrikanistik“

Klaus Gallwitz, Frankfurt:

Joseph Beuys: Straßenbahn-Haltestelle (Venedig 1976)

15 Uhr, Hörsaal H 2

Veranstalter: Kunstgeschichtliches Institut

H. Elsässer, Heidelberg:

Über die Entstehung der Sterne

17.30 Uhr, Großer Hörsaal der Chemischen Institute,

Robert-Mayer-Straße 7-9

Physikalisches Kolloquium

gemeinsam mit der Gesellschaft Deutscher Chemiker,

Ortsverband Frankfurt am Main

Filmreihe Strafvollzug: ... der werfe den ersten Stein

19 Uhr, Alfred-Delp-Haus, Beethovenstraße 28

Veranstalter: Katholische Studentengemeinde

Trio der Universität Frankfurt: 25. Hauskonzert

Programm: Beethoven (Trio G-dur op. 1 Nr. 2, Dieter

Schnebel („Kontrapunkt“ für drei Instrumentalisten —

Deutsche Erstaufführung —), Brahms (Trio c-moll op. 101)

20 Uhr, Magnus-Hörsaal

Filmreihe „Frankfurt heute“: In Gefahr und größter Not bringt der Mittelweg den Tod

20.30 Uhr, Friedrich-Wilhelm-

von-Stauben-Straße 90,

Dessauer-Haus

Preise für den wissenschaftlichen Nachwuchs

Der Bundesminister für Bildung und Wissenschaft wird von diesem Jahre an jährlich fünf Preise von 20 000 DM für besonders gute Arbeiten wissenschaftlicher Nachwuchskräfte vergeben. Die bestehenden öffentlich bekannten Auszeichnungen sind zu wenig auf Nachwuchswissenschaftler zugeschnitten. Viele von ihnen arbeiten zwar schon seit einiger Zeit erfolgreich, haben aber noch nicht so allgemeine Anerkennung und Bekanntheit gefunden, daß sie für

Auszeichnungen benannt werden. Die Preise sollen den wissenschaftlichen Nachwuchs motivieren und die Öffentlichkeit auf die Bedeutung hinweisen, die die Förderung junger Forscher hat.

Nach Absprache mit der Deutschen Forschungsgemeinschaft werden die Preise in diesem Jahr in den Fachgebieten „Internationales Recht“ besonders „Europarecht“ und „Zellbiologie“ vergeben. Ausgezeichnet werden wissenschaftlich hervorragende Originalveröffentlichungen, die seit dem 1. Januar 1976 in einer wissenschaftlichen Zeitschrift erschienen bzw. zur Veröffentlichung angenommen worden sind und deren Autor bzw. Autoren bei der Annahme zur Veröffentlichung das 30. Lebensjahr noch nicht vollendet haben.

Vorschlagsberechtigt sind Hochschullehrer und Wissenschaftler an Forschungseinrichtungen außerhalb der Hochschulen in entsprechender Stellung sowie wissenschaftliche Fachgesellschaften. Ein Autor kann sich jedoch nicht selbst bewerben. Vorschläge sind bis Ende Juli 1978 möglich. Die Preise werden im Herbst nach Beurteilung durch eine aus Fachgelehrten gebildete Jury vergeben.

Nähere Informationen geben das Bundesministerium für Bildung und Wissenschaft (Tel. 572242/572243) und die Deutsche Forschungsgemeinschaft, Kennedyallee 40, 5300 Bonn 2.

Veranstalter: Galerie im Dessauer-Haus

Donnerstag, 6. Juli

Gerd Freidhof, Frankfurt:

Antrittsvorlesung: Besonderheiten bei der Realisierung der sog. Doppelzeitwörter (verba movendi) im Neurussischen

15 Uhr, Hörsaal des Indo-

germanischen Seminars,

Georg-Voigt-Straße 8

Veranstalter: Fachbereich Ost- und Osteuropäische Sprach-

und Kulturwissenschaften

G. Kohlmaier, Frankfurt:

Stabilitätsverhalten des natürlichen Kohlenstoffkreislaufs unter dem Einfluß ökotechnischer Entwicklungen

17.15 Uhr, Magnus-Hörsaal

Veranstalter: Institut für Physikalische und Theoretische Chemie

Wolfgang Reuter, Frankfurt:

Deutscher und internationaler Kapitalmarkt — Vergleich der Renditenentwicklung

17.15 Uhr, Industrie- und Handelskammer, Börsenplatz

Veranstaltung im Rahmen des Kolloquiums „Rendite und

Kapitalmarkt“

Sommerfest der Katholischen Studentengemeinde

20 Uhr, Beethovenstraße 28,

Alfred-Delp-Haus

Film und Pädagogik: Wachtmeister und Vogelscheuche

20 Uhr, Lessingstraße 2

Veranstalter: Evangelische Studentengemeinde

Solisten, Chor und camera

instrumentale, collegium

musicum der Universität

(Leitung: Peter Chan und

Dieter Menge):

Chor- und Orchesterkonzert

mit Werken von Bach, Händel,

Sammartini und Haydn.

20 Uhr, Aula der Universität

Freitag, 7. Juli

D. Elad, Rehovot (Israel):

„Photochemical Reactions of Nucleotides“

16.15 Uhr, Seminarraum 201,

Chemie-Mehrzweckgebäude

Niederrad, Sandhofstraße

Veranstaltung im Rahmen des

„Chemischen Kolloquiums

Niederrad“

Robert Fleischner, Mainz:

Zur Polypheemgruppe in Ephesos

17.15 Uhr, Raum 801,

Gräfstraße 76

Veranstaltung im Rahmen des

Kolloquiums „Neue Funde und

Forschungen“

Samstag, 8. Juli

Tagesseminar: Weibliche Sexualität und Psychoanalyse

Referentin: Gudrun Jork,

Frankfurt

10 Uhr, Alfred-Delp-Haus,

Beethovenstraße 28

Veranstalter: Katholische

Studentengemeinde

Sonntag, 9. Juli

Tagesseminar: Kritische Behinderten-Pädagogik

Referent: Wolfgang Jantzen,

Bremen

10 Uhr, Alfred-Delp-Haus,

Beethovenstraße 28

Veranstalter: Katholische

Studentengemeinde